

# Aktuelle Hauptstadtinfos

Woche vom 25.06. – 29.06.2012

Unser Projekt heißt Zukunft.  
Machen Sie mit.



SPD

## Inhalt

1. **ESM und Fiskalpakt**
2. **Zweiter Anlauf erste Lesung Betreuungsgeld**
3. **Pflege-Bürgerversicherung statt „Pflege-Bahr“**
4. **Schüler-BAföG einführen**



## ESM und Fiskalpakt

Merkels Strategie des Zeitkaufens durch immer größere Rettungsschirme ist gescheitert. Zudem trägt die Kanzlerin die alleinige Verantwortung dafür, dass der dringend benötigte ESM nicht rechtzeitig in Kraft treten kann. Wir hätten über den ESM schon vor drei Monaten abstimmen können. Aber weil sich die Koalition auch in dieser Frage nicht einigen konnte, hat die Kanzlerin den ESM und den Fiskalpakt terminlich verknüpft und einen Zeitplan aufgestellt, der dem Bundesverfassungsgericht keine Zeit zum Prüfen gibt. Das ist völlig unangemessen.

Mit dem ESM soll ein dauerhafter Krisenbewältigungsmechanismus geschaffen werden. Er soll mit einem Stammkapital von 700 Milliarden Euro ausgestattet werden. Davon sollen 80 Milliarden Euro bar eingezahlt werden und 620 Milliarden Euro aus abrufbarem Kapital bestehen. Der Anteil der Bundesrepublik Deutschland soll 21,72 Milliarden Euro an Bareinlagen und 168,3 Milliarden Euro an abrufbarem Kapital betragen.

Beim Fiskalpakt, der aus Merkels Feder stammte, musste mit vollem Einsatz, insbesondere unserer Partei- und Fraktionsspitzen, gearbeitet werden, um dieses „dürre“ Sparpaket vernünftig auszugestalten.

**Beim Fiskalpakt verpflichten sich die Vertragsparteien, verbindliche und dauerhafte Regelungen in ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung vorzusehen, um ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Sofern sie diese nicht einhalten können, greift ein Defizitverfahren.** Mitgliedsstaaten, die sich in einem Defizitverfahren befinden, müssen ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm auflegen, das vom EU-Rat und EU-Kommission überwacht wird.

Auf drei Ebenen wurde verhandelt, um das reine Sparpaket von Merkel zu korrigieren:

Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier konnten als **Kernelement eine Besteuerung der Finanzmärkte – gerade für riskante Produkte – durchsetzen und haben damit endlich die Blockade von Schwarz-Gelb gebrochen.** Gleichzeitig konnten sie ein **Wachstumspaket mit dem Fokus auf nachhaltige Investitionsmaßnahmen durchsetzen.** Ebenfalls enthalten ist eine "Jugendgarantie", bei der sich die EU-Staaten verpflichten, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Jugendliche spätestens vier Monate nach einem Schulabschluss ein Angebot auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten können. Wir müssen verhindern, dass eine ganze Generation ihren Glauben an Europa verliert, weil es für sie keine Zukunftsperspektiven gibt.

Auch auf Ebene der Länder konnten Erfolge verbucht werden. Der Bund wird mögliche Strafzahlungen an die EU bei zu hoher Verschuldung von Ländern und Kommunen übernehmen. Außerdem wollen Bund und Länder ab 2013 in ein gemeinsames Schuldenmanagement einsteigen, um von den günstigeren Zinsen des Bundes zu profitieren. Weiterhin hat der Bund eine einmalige Investition in Höhe von 500 Millionen Euro für den Kita-Ausbau und jährlich 75 Millionen Euro für die Betriebskosten zugesagt. Für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen wird der Bund ab der nächsten Legislaturperiode anteilig, mit zunächst vier Milliarden Euro, einsteigen.

In einer dritten Rund verhandelten Thomas Oppermann und unsere Rechtspolitiker Parlamentsbeteiligung und verfassungsrechtliche Fragen. Auch hier konnten Fortschritte erzielt werden. Bei allen völkerrechtlichen Verträgen werden die Beteiligungsrechte des Bundestages automatisch ausgelöst. Und auch bei der Vorbereitung von Gipfeln oder ähnlichen Treffen gibt es eine automatische Beteiligung.

**Nach vielen Sondersitzungen der Fraktion müssen wir abwägen, ob wir dem Fiskalpakt zustimmen oder nicht. Klar, der Vertrag ist nicht perfekt und muss noch besser werden, aber dank unserer – so nicht erwarteten Verhandlungserfolge – kann Merkels einseitige Sparpolitik beendet werden. Die Staatsverschulung – auch Deutschland hat zwei Billionen Euro Schulden – ist eine Folge ungerechter Verteilung. Und daher ist der Einstieg in die Bankenregulierung und –haftung ein großer Schritt.**

Leider ist auch Deutschland keine „Insel der Glückseligen“. Was passiert, wenn unsere europäischen Nachbarn keine Waren mehr bei uns kaufen können? Die Antwort kann sich jede und jeder selber geben. Wachstum und Wohlstand in Deutschland hängen sehr eng mit Europa zusammen .

**Nach einer weiteren Sondersitzung der Fraktion, an der auch Martin Schulz teilnahm, werden wir drei Nordhessen - vorbehaltlich neuer Entwicklungen am Abend - beiden Paketen zustimmen. Aus nationalem Interesse und aus Solidarität mit unseren europäischen Nachbarn. Damit gehen wir ein Risiko ein, aber Nichthandeln wäre das größere Risiko. Haushaltsdisziplin ist wichtig, aber nur kombiniert mit wirtschaftlichem Wachstum, Investitionen und Beschäftigung kann Europas Zukunft sozial gestaltet werden.**

*„Von einem Europa der Stabilität, der Solidarität und des Vertrauens sind wir heute weiter entfernt denn je. Das hat auch mit Ihnen und Ihrer Regierung zu tun, Frau Merkel: Mit der Mischung aus einer Fehldiagnose von Krisenursachen und darauf gegründeter Schulmeisterei.*

...

*Vielleicht dachten Sie damals tatsächlich: Wenn wir den Fiskalpakt auf den Weg bringen und alle gemeinsam sparen, dann kehren in Europa wieder Ruhe und Ordnung ein. Das war damals blauäugig. Heute sind Sie durch die harte ökonomische Realität in Europa schlicht und einfach überholt worden. Griechenland, Irland und Portugal sind unter dem Rettungsschirm. Spanien und Zypern klopfen an. Griechenland wartet wieder vor der Tür. Die Krise schlägt doch in Wahrheit eine Schneise der Verwüstung durch ganz Europa, und es ist kein Ende in Sicht. Die Krise erreicht auch uns.“*

Auszug aus der Rede von Frank-Walter Steinmeier am 27. Juni 2012



## Zweiter Anlauf erste Lesung Betreuungsgeld

Nachdem die erste Lesung des Betreuungsgeldes am 15. Juni mangels Präsenz der Koalitionäre scheiterte, fand diese Woche die erste Lesung des umstrittenen Gesetzes im zweiten Anlauf statt. Die Koalition wollten das Gesetz ursprünglich noch vor der Sommerpause durch den Bundestag bringen. Dies ist nun nicht mehr möglich und wir hoffen sehr, dass Frau Schröder und die CSU noch Vernunft annehmen und den Gesetzentwurf zurücknehmen. Auch viele CDU und FDP Abgeordnete sind wenig amüsiert, dass sie aus Koalitionsrason diesem unsinnigen Gesetz zustimmen sollen. Da viele Bürgerinnen und Bürger sowie alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Verbände das Betreuungsgeld ablehnen, stehen die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen enorm unter Druck. Währenddessen baut CSU-Chef Seehofer unvermindert Druck auf und droht mit einem Scheitern der Koalition, sollte das Betreuungsgeld nicht in der geplanten Form verabschiedet werden.



**Wir lehnen das Gesetz weiter strikt ab und werden uns weiterhin mit aller Kraft zusammen an der Seite der großen Mehrheit der Menschen in unserem Land für den Ausbau von Kitas und gegen das Betreuungsgeld stemmen.**

## Pflege-Bürgerversicherung statt „Pflege-Bahr“



Am heutigen Freitag hat der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen der SPD das Pflege-Neuorientierungs-Gesetz (PNG) beschlossen. Damit will die Bundesregierung die kapitalgedeckte Zusatzvorsorge in der Pflege einführen. **Damit kündigt die Bundesregierung aus unserer Sicht die Solidarität in der Pflege auf.**

Wir haben in den Ausschusssitzungen und in der Debatte im Parlament immer wieder darauf hingewiesen, dass die Regierung mit diesem sogenannten Pflege-Neuorientierungsgesetz die entscheidenden Aufgaben in der Pflege nicht angeht. Sie drückt sich vor einer wirklichen Pflegereform. **Aus unserer Sicht ist der „Pflege-Bahr“ der Ausstieg aus der solidarischen Absicherung des Pflegerisikos.** Von dem neuen Gesetz profitiert in erster Linie die private Versicherungswirtschaft. **Also auch hier reine Klientelpolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition.**

Die SPD Bundestagsfraktion hat heute als Alternative in einem Antrag ein umfassendes Gesamtkonzept für eine Pflegereform vorgelegt. In diesem Konzept ([für den Wortlaut bitte hier klicken](#)) ist auch der dringend benötigte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff einbezogen. Ebenso enthält der Antrag ein Konzept für den Ausbau der Pflegeinfrastruktur- und Pflegeberatung, Ansätze zur Begegnung des Fachkräftemangels in der Pflege sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Reha- und Prävention.

Für eine nachhaltige und solidarische Finanzierung einer menschenwürdigen Pflege werben wir Sozialdemokraten für unser **Konzept der Pflege-Bürgerversicherung**. Die Regierungskoalition hat sich all diesen Punkten in der Debatte nahezu vollständig verweigert. Mehr noch: Statt die Soziale Pflegeversicherung langfristig auf eine nachhaltige Finanzierung umzustellen, wird mit dem „Pflege-Bahr“ begonnen, das Pflegerisiko zu privatisieren.

Es bleibt dabei: Gerade in der Gesundheitspolitik steht die Klientelpolitik im Vordergrund. **Wir Sozialdemokraten wollen mit der Bürgerversicherung auch in der Pflege eine solidarische und bezahlbare Gesundheitspolitik.**

## Schüler-BAföG einführen



**Wir möchten mit unserer Forderung nach finanzieller Unterstützung von Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien mehr jungen Menschen, auch in unserer Region, den Weg zum Abitur ebnen.**

Hintergrund unserer Forderung ([für unseren Antrag bitte hier klicken](#)) ist die Tatsache, dass Kinder aus Nicht-Akademiker-Haushalten und aus einkommensschwächeren Elternhäusern viel seltener das Abitur machen. Die Bildungsförderung der Bundesregierung erschöpft sich leider häufig in Klientelpolitik. Wer den Zusammenhang von sozialer Herkunft und schlechteren Bildungschancen durchbrechen will, darf

keine "Herdprämie" wie das Betreuungsgeld einführen und auch kein Elite-Stipendienprogramm für wenige, handverlesene Empfänger auflegen. Vielmehr müssen die Bildungsinstitutionen gestärkt und das BAföG erhöht und ausgeweitet werden. **Auch bedürftige Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe müssen besser gefördert werden. Um einen weiteren Schulbesuch zu ermöglichen, schlagen wir vor, das BAföG auf alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 auszuweiten** und die Leistung auch dann zu zahlen, wenn die jungen Leute noch bei den Eltern wohnen. Wohnen sie nicht zu Hause, erhalten sie einen Wohnkostenzuschuss.

Nach den Vorstellungen der SPD sollen im Haushaltsjahr 2013 für das Schüler-BAföG 100 Millionen Euro bereit gestellt werden, damit die erweiterte Schülerförderung bereits im Schuljahr 2013/2014 beginnen kann. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, mit den Bundesländern möglichst rasch über die gemeinsame Finanzierung der erweiterten Ausbildungsförderung zu verhandeln.

**Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Edgar Franke, Ulrike Gottschalck und Ullrich Meßmer - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!**

V.i.S.d.P.:  
Edgar Franke, Ulrike Gottschalck, Ullrich Meßmer  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia